



**CDU** BÜRGERSCHAFTSFRAKTION  
LAND BREMEN



**CDU** BÜRGERSCHAFTSFRAKTION  
HAMBURG



**CDU** FRAKTION  
MECKLENBURG-VORPOMMERN



**CDU** FRAKTION  
im Niedersächsischen Landtag



## **Leistungsfähigkeit der norddeutschen Seehäfen erhalten - Hafenhinterlandanbindungen ausbauen**

(Resolution der hafenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen Schleswig-Holsteins, der Freien und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens und der Freien Hansestadt Bremen)

Die hafenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen Schleswig-Holsteins, der Freien und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens und der Freien Hansestadt Bremen fordern die Bundesregierung auf, die maritime Wirtschaft, die Schifffahrt und die norddeutschen Häfen durch leistungsfähigere Verkehrsnetze zu stärken.

Die norddeutschen Häfen sind eine Drehscheibe für den internationalen Warenverkehr und wichtige Logistik- und Dienstleistungszentren. Sie bilden das wirtschaftliche Rückrat der exportorientierten deutschen Wirtschaft und sind für die gesamte Volkswirtschaft von strategischer Bedeutung. Fast 95 % des interkontinentalen Warenaustauschs, 90 % des europäischen Außenhandels und nahezu 70 % des deutschen In- und Exports werden über den Seeweg abgewickelt.

Die weiter zunehmenden Belastungen durch den Güterverkehr erfordern eine Stärkung der norddeutschen Seehäfen im Rahmen der Transeuropäischen Verkehrsnetze. Höchste Priorität hat dabei ein beschleunigter Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Dafür ist es erforderlich, dass der Bund gemeinsam mit den Norddeutschen Bundesländern den Ausbau des Kanals vorantreibt. Weiter muss der Bund die benötigten Finanzmittel in der derzeit geschätzten Höhe von 1,5 Mrd. Euro für die Gesamtmaßnahmen in den erforderlichen Teillosten zeitnah bereitstellen. Es muss stets genug Personal zur Verfügung stehen, um den Betrieb aller Schleusen und die Erreichbarkeit der Kanalhäfen zu gewährleisten.

Wichtig sind zudem der bedarfsgerechte Ausbau der Hinterlandanbindungen sowie die Beseitigung von Kapazitätsengpässen an den Zufahrten zu den Häfen. Die CDU-

Hafenpolitiker begrüßen vor diesem Hintergrund das Bekenntnis der CDU-geführten Bundesregierung, die Seehafenhinterlandanbindungen in ein „nationales Prioritätenkonzept“ für die Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 – 2030 zu integrieren.

Dazu gehören der acht- bzw. sechsstreifige Ausbau der A7 in Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, der Bau der festen Fehmarnbeltquerung mit Hinterlandanbindung, der Bau der Hafenquerspange (A26) in Hamburg, der Ringschluss der A281 in Bremen, der Weiterbau der A14 sowie der B96n in Mecklenburg-Vorpommern, der Ausbau der Schienenverkehrsknoten Hamburg und Bremen, der Bau der Y-Trasse oder einer anderen leistungsfähigen Schienentrasse zur Optimierung der Güterverkehre in Norddeutschland sowie der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven einschließlich Lärmschutz und Elektrifizierung.

Die stockenden Planungen bzw. der stockende Weiterbau der Küstenautobahn A20 ist ein Symbol für den fehlenden Willen der SPD-geführten Norddeutschen Bundesländer, die Häfen mit einer leistungsstarken Straßenhinterlandanbindung zu verbinden.

Deshalb fordern die hafenpolitischen Sprecher die SPD-geführten Landesregierungen auf, ihre ideologisch motivierte Ablehnung der A20 aufzugeben und darüber hinaus die Möglichkeiten der Zusammenarbeit öffentlicher und privater Geldgeber in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) zur Umsetzung der A20 bzw. der A7 zwischen Salzgitter und dem Dreieck Drammetal zu nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte schneller umgesetzt werden können. Hierzu bedarf es der Fortentwicklung und der mittelstandfreundlichen Ausgestaltung von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP).

Das im Jahr 2011 von der damaligen Schwarz-Gelben Bundesregierung neu belebte „Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung“ steht nur drei Jahre später vor seiner größten Herausforderung. Die Bündnispartner (der Maritime Koordinator der Bundesregierung, die Küstenländer, der Verband Deutscher Reeder sowie die Gewerkschaften) sind aufgefordert, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, damit die maritimen Berufe in Deutschland eine Zukunft haben. Die SPD-geführten Lan-

desregierungen sind - auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Schiffbau- und Schifffahrtskrise – aufgerufen, gegenüber dem Bund für eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für Reeder einzutreten.

Um die Lärm und Abgasbelastungen in den Häfen künftig zu reduzieren, muss der derzeitige ermäßigte Steuersatz zur landseitigen Elektrizitätsversorgung von Schiffen in Häfen über das Jahr 2014 hinaus fortgeführt werden. Es geht auch darum, die Kosteneffizienz von Landstrom weiter zu verbessern. Die landseitige Stromversorgung sollte über europäische Infrastrukturprogramme dort vorangetrieben werden, wo es sinnvoll ist.

Die hafenpolitischen Sprecher appellieren an die SPD-geführten Landesregierungen, die Planungen für die wichtigsten norddeutschen Infrastrukturprojekte zügig voranzutreiben und erwarten von der Großen Koalition, die Finanzierung sicherzustellen, damit die norddeutschen Häfen mit einer modernen Infrastruktur einen wichtigen Beitrag zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands leisten können.

Kiel, den 07. März 2014

Volker Dornquast  
Hafenpolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein

Olaf Ohlsen  
Maritimer Koordinator  
der CDU-Bürgerschaftsfraktion  
Freien und Hansestadt Hamburg

Bernd-Carsten Hiebing  
Hafenpolitischer Sprecher  
CDU-Fraktion im Nieder-  
sächsischen Landtag

Paul Bödeker  
Hafenpolitischer Sprecher der CDU-  
Bürgerschaftsfraktion  
der Freien Hansestadt Bremen

Dietmar Eifler  
Sprecher der CDU-Fraktion  
Mecklenburg-Vorpommern  
für Verkehrs- und Hafenpolitik